Basel, den 4. Juli 1925 XXV. Jahrgang / No. 27

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-12 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr, Fr. 8.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.

Redaktion: Dr. HENRY FAUCHERRE. Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär

Inhalt: Führende Gedanken. — Zum internationalen Genossenschaftstag. — Der Stand der Konsumvereinsbewegung in den verschiedenen Ländern, 1923. — Der britische Genossenschaftskongress. — Die genossenschaftliche Parlamentswoche in Frankreich. — Jahresabschlüsse von Verbandsvereinen. — Für die Neutralität der Konsumvereine. — Die beiden Genossenschaftsmühlen im Jahre 1924. — Die Siedelungsgenossenschaft Freidorf im Jahre 1924. — Volkswirtschaft: Wirtschaftlicher Wochenbericht. — Bewegung des Auslandes: Schweden. — Verbandsnachrichten: Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 26. und 30. Juni 1925. — Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt.

Führende Gedanken

Demokratie – Selbstverwaltung – Genossenschaft.

Ist Demokratie Selbstverwaltung, so kann in einer wahrhaften Demokratie davon nicht genug sein. Selbstverwaltung heisst Mitarbeit, das zeigen sinnfällig die kleinen und kleinsten Gemeinwesen, so das Dorf, wo der Nachbar den Nachbarn kennt und die Gemeindeangelegenheiten nicht erledigt, sondern vielmehr gelebt werden. In der grossen Stadt ist Selbstverwaltung nicht in der Gemeindestube, sondern im Bezirk lebendig. Die Berufsgenossenschaft verwirklicht sie, weil hier das gemeinsame Fach nachbarschaftliche Wirkung erzielt. Mitarbeit wird leere Form, wo sie sich zur Stimmabgabe für andere verflüchtigt, denen man die Arbeit aufhalst. Selbstverwaltung ist der Blutkreislauf der Demokratie; stockt er, so erstarrt das volkstümliche Regiment, wird Bureaukratie, d. i. Herrschaft über den Bürger. Bureaukratie windet dem Vollbürger die Versehung der öffentlichen Geschäfte aus der Hand, sie nährt den Irrtum, dass der Bürger nicht geeignet ist, allgemeine Interessen zu wahren.....

Der wirtschaftliche Liberalismus hat den erwerbenden Menschen auf sich selbst gestellt. Wettbewerb aller gegen alle war seine Idee. Verbindungen zu Gemeinschaftszwecken, die nicht Erwerbsgesellschaften waren, sind wider sein Wollen. In der ungezügelten Freiheit des Gelderwerbs wurde der Frühkapitalismus eine Schicksalsmacht für die Gesellschaft. Vielleicht war es nötig, dass die Nationen durch diese Form des Wirtschaftens hindurchgingen, da nur auf diesem Wege die Fülle materieller Möglichkeiten und personeller Urkräfte des modernen Volkskörpers zu höchster Ergiebigkeit gesteigert werden konnten. Das Individuum wurde schrankenlos. Allein nach wenigen Jahrzehnten kehrte der Urtrieb der Menschen nach Gebundenheit auch in die freie Wirtschaft zurück. Den Anfang machten die Genossenschaften zur Besserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Angehörigen. Dass sie nötig wurden, war allein ein bündiger Beweis von der Unhaltbarkeit der individualistischen Wirtschaftsverfassung. Diese ruhte auf der Annahme von der Harmonie aller Interessen, auf dem Glauben, dass die Betätigung des wirtschaftlichen Eigennutzes aller von selbst durch Ausgleich allgemeine Wohlfahrt herstelle. Genossenschaftliche Verbände traten Schritt für Schritt als Reaktion gegen die Unzulänglichkeiten des Kapitalismus auf....

Eine aufwärts weisende Linie genossenschaftlichen Wesens führt von der alten Gesellschaft in die neue. Dieser ist die Erfüllung von Ahnungen vorbehalten, die drüben halb unbewusst nach Gestaltung rangen. Die Selbstverwaltung der Siedelungsgenossenschaften, der Landschaften, Kreise, Gemeinden hat auch der alte Staat nicht völlig beseitigt, er hielt sie nur in Zucht; heute ersteht längst zurückgehaltenes Leben.

In der Demokratie können sich Arbeiter und Unternehmer in Arbeitsgemeinschaften nähern, und wie nahe liegt den Konsumgenossenschaften auf der einen, den agrarischen Produktivverbänden auf der andern Seite das Zusammenwirken, dort in der Selbstverwaltung des Berufes, hier in der Selbstverwaltung des Ernährungsdienstes! Ueber alle Genossenschaften spannt sich die Solidarität der werktätigen Schichten der Nation, also diese selbst in ihrer überwiegenden, stetig an Zahl zunehmenden Masse!

Siegmund Rubinstein, Romantischer Sozialismus 1921.

Zum internationalen Genossenschaftstag.

Zum drittenmale wird am ersten Julisamstag der vom internationalen Genossenschaftsbund eingesetzte Genossenschaftstag gefeiert. Es soll ein Tag genossenschaftlicher Sammlung sein und zwar in

Der Stand der Konsumvereinsbewegung in den verschiedenen Ländern, 1923.

Länder	Zahl der Konsumvereine	Mitgliederzahl der Konsumvereine	Umsätze in Schweizer Franken zum durchschnittlichen Jahreskurs berechnet	
			der Konsumvereine	der Grosseinkaufsgesellschaften
Grossbritannien und Irland	1,314	4,569,256	4,193,517,563	2,124,524,453
Russischer Staatenverband	18,062	6,907,476	2,268,980,000	421,386,560
Deutschland	1,738	4,175,413	432,345,471	178,080,191
Dänemark	1,916	337,700	254,100,000	173,205,424
Schweiz	841	386,989	310,061,219	154,679,125
Finnland	602	354,835	294,341,846	151,313,090
Tschechoslowakei	678	764,895	214,231,260	118,326,321
Schweden	886	274,269	306,641,700	106,300,095
Frankreich	1,968	2,000,000	738,760,000	90,263,222
Ungarn	1,980	1,043,706	108,000,000	49,881,604
Oesterreich	198	576,739	85,113,277	35,463,126
Belgien	101	323,886	96,781,465	27.959,685
Niederlande	440	256,409	145,569,764	25,043 258
Norwegen	416	96,401	100,362,567	22,062,227
Lettland	368	75,000	22,469,301	21,889,721
Estland	263	89,197	32,552,422	19,379,488
Bulgarien	88	65,000	53,143,269	18,402,345
Polen	1,263	812,685	50,390,441	17,764,933
Australien	20	32,308	56,360,062	10,859,888
Litauen	336	70,677	9,213,060	6,108,444
Vereinigte Staaten von Amerika	328	95,400	110,600,000	5,158,909
Spanien	166	44,572	23,834,616	2,613,165
Rumänien	3,239	270,991	17,832,597	2,465,037
Jugoslawien	147	60,916	29,824,705	742,368
Portugal	200	40,000	?	[1])640,810
Kanada	18	4,646	12,214,133	—
Summa	37,576	23,729,366	9,967,240,738	3,783,872,679

[1]) Escudos.

Die Angaben beziehen sich im allgemeinen nur auf die in Verbänden zusammengeschlossenen Konsumvereine und sind auch mit dieser Einschränkung bei den Ländern mit stark zersplitterter Konsumvereinsbewegung, wie Polen und Jugoslawien, nur unvollständig.

dem zweifachen Sinne, dass die allgemeine Beachtung auf das Genossenschaftswesen gelenkt, zugleich aber seine Anhängerschaft daran erinnert wird, wie viel ihr dasselbe sein kann, wenn sie ihm ergeben sein will. Noch vermochte sich diese internationale Veranstaltung nicht Gewohnheitsrecht zu erwerben; bei den wenigen Jahrgängen, die sie aufzuweisen vermag, ist es begreiflich, wenn aus der grossen Zahl der etwa vierzigtausend dem Internationalen Genossenschaftsbund angehörenden Genossenschaften erst ein Teil sichtbar zur Manifestation antritt. Die Einschätzung des Wertes des internationalen Genossenschaftstages ist jedenfalls eine verschiedenartige; sie geht vielleicht von hoher Begeisterung bis hinuter zu tiefer Gleichgültigkeit. Glücklicherweise braucht die letztere nicht dem Fehlen jeglicher Anteilnahme für die Genossenschaftssache zugeschrieben zu werden, denn es ist schlechterdings kaum möglich, eine Genossenschaft in einem einigermassen befriedigenden Zustande zu erhalten, wenn nicht wenigstens ein kleiner Kreis von Menschen ihr in gewolltem Eifer und in aufrichtiger Liebe zugetan sind. Aus diesen Kreisen vermag sich auch wieder der grössere Gedanke zu erheben, dass dem Genossenschaftswesen nicht nur örtliche Bedeutung zukommt, sondern dass es Völkern und selbst der Menschheit zu nützen imstande ist. Man soll also den internationalen Genossenschaftstag nicht einfach nach der Zahl der Fahnen und nach dem Schall der Trompeten bewerten, sondern dadurch, dass man nach dem Sinne fragt, der ihm gegeben ist.

Von der engen Familienwirtschaft über die Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft geht die Spur der Genossenschaft. Dort im Kleinen will sie helfen, damit geordnete Verhältnisse in der Zelle der Gesellschaft herrschen, und wo in vielen Familien eines Landes gute Wirtschaftlichkeit vorhanden ist, da hat die Wirtschaft des ganzen Volkes schon eine wesentliche Vorbedingung für ihre Leistungsfähigkeit gewonnen, wie schliesslich die Weltwirtschaft ihre besten Kräfte aus guten und tüchtigen Volkswirtschaften gewinnen kann. Aber nicht allein darum handelt es sich, dass man als Menschen sich auf der Weltlinie materiell begünstigt, es will da doch etwas Gemeinsameres erstrebt sein, nämlich das alldienende Wirtschaftssystem, das seinen Nutzen der Gesamtheit zum allgemeinen Gebrauche gibt, statt ihn, wie es das heutige System tut, einzelnen Menschen zuzuwerfen, ihnen überlassend, wie sie daran die Gesellschaft teilnehmen lassen wollen.

Lässt sich also an unserem internationalen Genossenschaftstage leicht ein hohes Heil verkünden, so muss es auch heissen, diesem Heil das Kommen zu ermöglichen. Was soll da geschehen? Es ist naheliegend, zu sagen, dass der Kreis der bisherigen Genossenschafter durch viele neue erweitert werden muss. Das mag richtig und erwünscht sein, aber mit einer Mitgliedervermehrung, auch wenn sie in viel stärkerem Masse erfolgen würde, als der Genossenschaftstag sie zu bewirken vermag, ist es nicht getan. Die Kräfte, die von innen und aussen die Genossenschaft in Gang setzen müssen, sollen nicht Mechanik, sie müssen Seele sein, gleichviel, ob es sich um das Personal oder um die Genossenschafter und Genossenschafterinnen handelt. Dann wird sich zur Grösse erheben können, was sich heute im ganzen Wirtschaftsleben noch klein ausnehmen muss. Der nie verstummte Appell an die Genossenschaftstreue, der immer wiederholte Hinweis auf die Kaufkraft des Konsumenten sollten und könnten entbehrlich werden, wenn der verinnerlichte Genossenschafter und die ebenso gestimmte Genossenschafterin den neuen echten Genossenschaftertypus darzustellen vermöchten.

An Erklärungen zur genossenschaftlichen Erneuerung fehlt es nun gerade in unseren Tagen nicht,

aber sie sind von Wünschen und Absichten diktiert, die der Genossenschaftsbewegung unfehlbar Schaden bringen würden, wenn es gelänge, sie zu verwirklichen. Der Genossenschaft ergeht es wie andern Einrichtungen: in verschiedenen Kreisen beansprucht man, ihr bester Freund zu sein. Politische Parteien, wirtschaftliche oder andere Gruppen lieben es, ihre Anhänger als vollgültige Genossenschafter zu proklamieren, aber meistens zu dem Zwecke, andern nicht nur die Vollgültigkeit abzusprechen, sondern sie sogar als verkappte Gegner hinzustellen. Sie bringen solches fertig, obwohl die Genossenschaft oder im weiteren Ausmass die Genossenschaftsbewegung von ihnen für allerlei beansprucht wird, mit dem man sie wenn lediglich ihr Wohl ins Auge gefasst würde, nicht behelligen dürfte. Die Genossenschaft resp. Genossenschaftsbewegung kann nun einmal nicht das gute Ross sein, das nach Belieben aus dem Stalle geholt und an den erst besten Strang gekoppelt und zum gerade erwünschten Zugdienste angetrieben werden kann. Ihre natürliche Aufgabe, die Gütervermittlung und die Gütererzeugung, ist fürwahr so gross und bedeutungsvoll, dass ihr nur auf Kosten der Vernachlässigung dieser Aufgabe noch andere Angelegenheiten übertragen werden könnten. Die materiellen Schwierigkeiten, mit denen die Genossenschaften noch immer zu kämpfen haben, machen es vollends notwendig, alle verfügbaren Kräfte auf die eigentlichen Genossenschaftsaufgaben zu konzentrieren, damit ihnen so gut als möglich die Erfüllung zuteil werden kann.

Wurden in den grossen Krisenperioden, die in der Nachkriegszeit sozusagen jedes Land heimsuchten, auch die Genossenschaftsbewegungen mitgeschädigt, ja in einzelnen Ländern sogar vor die Existenzfrage gestellt, so darf man heute doch konstatieren, dass der Fortbestand wieder überall als gesichert erscheint. Es ist dies einesteils den gesunden Lebenssäften, die dem Genossenschaftswesen durch die umsichtige Schöpfertat der Redlichen Pioniere gegeben wurden, zu danken, aber es darf andernteils auch der überaus wichtigen Tatsache zugeschrieben werden, dass der Genossenschaftsbewegung sachkundige, willensstarke und aufopferungsfähige Menschen als Führer gegeben waren, die es vermochten, aufrecht zu erhalten, was zeitweise sehr gefährdet war. In der genossenschaftlichen Oeffentlichkeit sind diese Dienste wohl auch bemerkt worden, was zur Annahme berechtigt, die breiten Schichten der organisierten Konsumenten werden den zahlreichen Wunderdoktoren, die sich bei uns in letzter Zeit als die berufenen Retter einer angeblich in Entartung stehenden Genossenschaftsbewegung glaubten empfehlen zu müssen, jenes gesunde Misstrauen entgegenzubringen, das dem Gifte extremer Absichten die schädlichen Wirkungen verwehrt.

Soll das Genossenschaftswesen, wie es im Wunsche des internationalen Genossenschaftstages liegt, einstmals unbestrittene Weltgeltung erhalten, so müssen ihm die Lebensbedingungen gesichert bleiben, die da heissen Beschränkungen auf seinen Zweck und seine Aufgaben, sowie Wahrung der Möglichkeit der Mitwirkung aller, die genossenschaftlichen Willens sind. Vermag der internationale Genossenschaftstag dieser Voraussetzung für das weitere Gedeihen der Genossenschaftssache in den weitesten Kreisen Verständnis zu verschaffen, so erfüllt er die in ihn gesetzten Hoffnungen aufs beste.

Der britische Genossenschaftskongress.

Die britischen Genossenschafter versammelten sich diesmal in der an der Westküste gelegenen freundlichen Bäderstadt Southport. Es handelte sich um den 57. Jahreskongress, dem in der Genossenschaftspresse des Landes nachgerühmt wird, dass er bei ausserordentlich starker Beteiligung einen bemerkenswert ruhigen und allseitig zufriedenstellenden Verlauf genommen habe. Zum erstenmal war auch wieder eine grössere Anzahl Gäste aus dem Auslande anwesend. Der Verband schweiz. Konsumvereine hatte die Herren De Meuron, Genf, und O. Zellweger, Sekretär der Verwaltungskommission, als Vertreter entsendet. Herr J. H. May vertrat den Internationalen Genossenschaftsbund. Vom internationalen Arbeitsamt war Herr Dr. Fauquet erschienen.

Nach der Begrüssung des Kongresses durch den Bürgermeister der Stadt, Mr. Anderson, hielt Herr Dudley, einer der Direktoren der englischen Grosseinkaufsgenossenschaft, die sogenannte Inaugural- oder Eintrittsrede. «Sie verlor sich nicht», wie der Scottisch Co-operator schreibt, «in den nebelhaften Regionen des blossen Idealismus, noch in der verdriesslichen Anhäufung technischer Details, sondern war zugleich praktisch und idealistisch wie das Genossenschaftswesen selbst.» Wir greifen nur einige Punkte aus dieser Rede heraus. Der Sprecher empfiehlt als erstes Erfordernis planvollen und fruchtbaren Zusammenarbeitens in der Genossenschaftsbewegung die Praktizierung gegenseitiger Achtung und Toleranz. «Freiheit, Gerechtigkeit, Ehre, Gleichheit, Fortschritt sind uns allen geläufige Bezeichnungen, die keine nähere Definition vertragen, nicht weil sie so wenig, sondern weil sie so viel bedeuten. Sie sind oft zu Kampfparolen geworden und mussten gleich Trommel- und Trompetenklängen dazu dienen, das Blut der Menschen in kriegerische Wallung zu bringen. Uns allen aber ziemt die Beherzigung des Dichterwortes: «Gott segne den Mann, der seine Blicke über die Erde erhebt, selbst in irdischen Dingen; der dahin trachtet, Gewalt durch Liebe zu ersetzen und der sein scharfes Schwert in die Scheide steckt, um uns brüderlich die Hand zu geben. Der Schlüssel, der das Tor der Gegenwart erschliesst, heisst Liebe, ohne welche aller Verstand und alle Empfindungen eitel nichtig sind!»

Zur konkreteren Frage des Internationalen genossenschaftlichen Güteraustausches übergehend, schildert Mr. Dudley die grossen Schwierigkeiten, die der Errichtung einer leistungsfähigen zentralen Einkaufsgenossenschaft entgegenstehen. Ein solches Unternehmen kann nur auf dem Grunde effektiv stabilisierter Währungsverhältnisse gedeihen. In manchen europäischen Ländern wird es trotz des guten genossenschaftlichen Glaubens unserer Freunde unmöglich sein, das für die Gründung einer Wholesale notwendige Kapital zu beschaffen. Da kommen die nächsten und dringensten Erfordernisse zuerst. Gleichwohl muss es unsere Aufgabe bleiben, an der Lösung des Problems, das sich übrigens aufs engste mit der Frage der genossenschaftlichen Eigenproduktion verknüpft, zu arbeiten und die Schaffung einer Zentralstelle vorzubereiten, die, den Interessen der Gesamtheit dienend, doch sich selbst zu erhalten vermag.

Der Redner streift nun in Kürze einige Angelegenheiten, die von speziellem Interesse für die britischen Genossenschafter sind, wie die Frage der wirtschaftlichen und genossenschaftlichen Beziehungen

zu den Kolonien, die Möglichkeit vermehrten Absatzes genossenschaftlicher Eigenprodukte im Inland, die Gestaltung der Detailpreise im genossenschaftlichen Warenbetrieb und die in der britischen Bewegung akkut gewordene Frage der Förderung junger aufstrebender Talente. Er schliesst dann mit einem zeitgemässen Wort des Dichters John Oxenham, das die Freiheit und die Selbstbestimmungspflicht der Individuen als Hebel des allgemeinen Kulturaufstiegs verherrlicht.

Der vorliegende, im Ganzen sehr günstige Jahresbericht der Zentralverwaltung, der im besonderen eine erhebliche Umsatzvermehrung erkennen lässt, führte zu einer längeren Aussprache. Veranlassung zur Diskussion bot besonders die mangelhafte Abgrenzung der Wirtschaftsgebiete gewisser Vereine, die sich in selbstschädlicher Weise gegenseitige Konkurrenz bereiten. An die Regierung wird entsprechend einem Beschluss des letztjährigen Kongresses in Nottingham neuerdings das Ersuchen gerichtet, sie möge dahin wirken, dass der Genossenschaftsbewegung im Völkerbund eine direkte Vertretung eingeräumt werde. Die im Jahresbericht behandelte Frage des Ausbaues der genossenschaftlichen Presse gab gleichfalls Gelegenheit zu einem regen Gedankenaustausch. Es scheint, dass die auf erhöhte propagandistische Wirkung der führenden englischen und schottischen Genossenschaftsorgane gerichteten Anstrengungen, besonders der Plan zur Schaffung eines täglichen Publikationsorgans, bisher zum guten Teil an der Indifferenz oder selbst Rivalität der in Frage kommenden Instanzen scheiterten. — Ein Antrag der Verbandsleitung, den früher geübten Modus, für die Eröffnungsrede am Jahreskongress jeweilig eine ausserhalb der Bewegung stehende Persönlichkeit zu gewinnen, wieder einzuführen, wird von der Versammlung mit grossem Mehr abgelehnt. Mit Genugtuung wird dagegen zur Kenntnis genommen, dass es nun endlich gelungen sei, das Home der Rochdaler Pioniere, nämlich das Haus mit dem Laden in der Toad Lane zu Rochdale käuflich in den Besitz des Verbandes zu bringen. Damit ist gewissermassen eine Ehrenschuld an die Pioniere abgetragen, denn es wurde schon längst als eine Anomalie empfunden, dass die allen Genossenschaftern durch ihre grosse Vergangenheit teuer gewordene Wirkungsstätte der berühmten Achtundzwanzig sich noch immer in privaten Händen befand.

Druckarbeiten
für die Verbandsvereine
in sauberer Ausführung liefert die
BUCHDRUCKEREI des V.S.K.

Ausser mit diesen Fragen hatte sich der Kongress unter anderm noch mit der Schaffung einer landwirtschaftlichen Abteilung der Union zu beschäftigen. Die Errichtung eines speziellen landwirtschaftlichen Departements, das der Herstellung direkter Austauschverbindungen zwischen Konsumenten und Produzenten dienen soll, wurde lebhaft begrüsst und der Vorstand beauftragt, die Entwicklung dieser Abteilung nach Kräften zu fördern. Die im Verband vereinigten Konsumgenossenschaften besitzen bereits Grund und Boden im ungefähren Umfang von 70,000 Acres (etwa 28,000 Hektaren), doch hat sich die landwirtschaftliche Tätigkeit der Vereine bisher im ganzen als nicht gerade sehr vorteilhaft erwiesen. Frühere Versuche, landwirtschaftliche Unternehmungen gnossenschaftlich zu zentralisieren, sind trotz finanzieller Unterstützung durch die Regierung misslungen. Und doch bildet, wie der Berichterstatter hervorhob, die Organisation der Landwirtschaft eine der wichtigsten Grundlagen des Gemeinschaftslebens und die Geschichte lehrt, dass die Völker, welche sie vernachlässigten, in ihrer Kultur zurückgingen.

Zur Frage der Arbeitsverhältnisse in genossenschaftlichen Betrieben, resp. Regelung der Beziehungen zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften, wurde eine Resolution angenommen, die sich namentlich mit dem Ausbau des bisher angewendeten Schlichtungsverfahrens beschäftigt. So sollen namentlich örtliche Ausschüsse von Vertretern der genossenschaftlichen Verwaltungen und der Angestellten gebildet werden. In einer animierten Aussprache über die letzten Arbeitsausstände in genossenschaftlichen Betrieben wird darauf hingewiesen, dass ein grosser Teil der Angestellten des Landes noch nicht organisiert sei. In Schottland allein gehören von 60,000 Angestellten der Lebensmittelgewerbe nur 10,000 einer Trade Union an. Dank dieser zusammenhanglosen Masse könnten die privaten Betriebe die Löhne niedrig halten und sich erfolgreich gegen die bessere Bedingungen gewährenden Konsumentenorganisationen behaupten. Wenn die Gewerkschaften hier einmal Wandel geschaffen, d. h. die indifferenten Elemente in ihre Organisation einbezogen haben werden, kann auch in der Genossenschaftsbewegung wieder ein Schritt weiter gegangen werden.

Der Kongress nahm im ferneren noch Stellung zur auswärtigen Politik der Regierung, zur Frage der Arbeitslosigkeit und zum Thema der weiteren Entwicklung der internationalen Genossenschaftsallianz. Im Interesse der Beseitigung kriegerischer Verwicklungen wird durch eine Resolution weitgehende parlamentarische Kontrolle aller von der Regierung eingegangener Auslandsverträge verlangt. Der Sprecher, das Parlamentsmitglied Mr. Neil Maclan, führte unter Beifall der Versammlung aus, dass der Weltkrieg, wenn die Arbeiter sich wieder mit gebundenen Händen vor eine vollendete Tatsache stellen liessen, wie im August 1914, ebensowenig der letzte Krieg war, wie er ein Krieg für die Demokratie gewesen sei. Wenn die Männer nicht genügend Verstand besässen, so sollten die Frauen aufstehen und uns die Schrecken des Krieges ersparen. — Die Resolution betr. Arbeitslosigkeit gesteht zu, dass sich zwar in einem auf dem Profitinteresse basierenden Staatswesen die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen lässt, dass sich das Uebel aber durch verschiedene wirtschaftliche und politische Massnahmen, wie vermehrte landwirtschaftliche Produktion, Herabsetzung der Altersgrenze für staatliche Pensionen, Ausdehnung des schulpflichtigen Alters, Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen mit dem Auslande etc. gemildert werden könne. — Für den Internationalen Genossenschaftsbund wird durch eine Beschlussfassung um weitere Unterstützung in britischen Genossenschaftskreisen geworben. — Als nächster Kongressort wird Belfast in Irland bezeichnet.

Die genossenschaftliche Parlamentswoche in Frankreich.

Von *Maurice Camin,* Sekretär des Nationalverbandes französischer Konsumgenossenschaften in Paris.

Im Frühjahr 1925 begann für die französische Genossenschaftsorganisation ein neuer Abschnitt in ihrer Geschichte. Zu Beginn der neuen Parlamentssitzung im Jahre 1924 wurde eine Genossenschaftsgruppe in der Deputiertenkammer gebildet, deren Aufgabe die Wahrung der genossenschaftlichen Interessen war. Diese Gruppe, die aus mehr als 150 Deputierten bestand, wurde von Herrn Frédéric Brunet, dem Deputierten des Departements Seine, geleitet, der eines Tages vorschlug, Parlamentarier und Vertreter der verschiedenen Formen der Genossenschaftsbewegung einander näher zu bringen und zu diesem Zweck eine besondere Woche zu veranstalten. Es wurde beschlossen, diese Woche als «genossenschaftlich-parlamentarische Woche» zu bezeichnen, und es ist vielleicht von Interesse, einmal über den Charakter dieser «Woche» zu berichten und von den erreichten Resultaten zu reden.

Es ist das erstemal, dass Parlamentsmitglieder auf diese Weise Beziehungen zu Genossenschaftsbewegungen angeknüpft haben. Darauf muss man immerhin nachdrücklich hinweisen. Es ist auch das erstemal, dass Vertreter aller Arten der Genossenschaftsbewegung zu dem Zwecke zusammengekommen sind, eine ganze Reihe grosser allgemeiner internationaler Probleme miteinander zu erörtern, so dass jeder Gelegenheit fand, seine eigenen Anschauungen zu entwickeln. Um den Erfolg sicherzustellen, war es notwendig, alle diejenigen Personen heranzuziehen, die sich für die Genossenschaftsbewegung interessierten und in der Lage waren, die verschiedenen Fragen zu behandeln. Das war die Aufgabe des Ausschusses der Genossenschaftsgruppe in der Deputiertenkammer, die, nachdem sie bestimmte Daten festgelegt hatte, eine Tagesordnung aufstellte.

Es ist hier ganz unmöglich, alle die Fragen aufzuzählen, die behandelt wurden, weil sie zu zahlreich waren. Wir beschränken uns deshalb auf die bedeutendsten Probleme von allgemeinem Interesse.

So berichteten die Herren Aimé Berthod, Emile Bugnon und Boully (Deputierte) über «Die genossenschaftliche Fortbildung», während die Herren Frédéric Brunet (Deputierter) und Ernest Poisson (Sekretär des Nationalverbandes von Konsumgenossenschaften) über «Die Genossenschaften, eine wirtschaftliche und soziale Einrichtung und die staatlichen Behörden» sprachen. Die Herren Bibié und Ponard (Deputierte) und Paul Ramadier wiesen auf die Notwendigkeit besonderer Gesetze für alle Arten von Genossenschaften hin.

Ueber die Wichtigkeit der Anknüpfung von Beziehungen zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugern und den Verbrauchern sprach Herr Senator Chanal, der die Bedeutung des von ihm eingebrachten Gesetzentwurfs schilderte und die Gründe darlegte, die zu seiner Einbringung geführt hatten. Es handelt sich hier um ein Gesetz, das die Bildung von Verbänden landwirtschaftlicher Genossenschaften und von Verbänden von Konsumgenossenschaften erleichtert.

In einem ausserordentlich fesselnden Referat behandelte Herr Edgar Milhaud, Professor an der Universität in Genf und Mitarbeiter des Internationalen Arbeitsamtes, die Frage «Der Friede, die Genossenschaftsbewegung und die wirtschaftlichen Verträge zwischen den einzelnen Staaten». Der von ihm ausgearbeitete Vortrag wurde mit wohlverdientem Beifall aufgenommen.

Die «Woche» fasste einige Beschlüsse, die wir hier wörtlich zum Abdruck bringen, weil sie von internationalem Wert sind:

Die «Genossenschaftliche Parlamentswoche» ist der Meinung, dass es für die Wohlfahrt der gesamten Bevölkerung, für den allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritt und für die Förderung der Zivilisation unbedingt wichtig ist, dass die internationale Arbeitsteilung und der internationale Güteraustausch sich soweit nur irgend möglich unter dem Gesichtspunkte einer freien und segensreichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern vollziehen. Sie glaubt ferner, dass eine solche Regelung nicht in einer Atmosphäre der Unsicherheit, des Misstrauens und des bewaffneten Friedens getroffen werden kann, sondern nur möglich ist, wenn eine mächtige internationale Organisation vorhanden ist.

Sie nimmt daher mit Befriedigung die Entscheidungen des Völkerbundes in bezug auf Schiedsgericht, Sicherheit und die Vorbereitungen über die Abrüstung zur Kenntnis und begrüsst die von verschiedenen Delegierten abgegebenen Erklärungen über die Notwendigkeit, aus den internationalen wirtschaftlichen Beziehungen alle kriegerischen Faktoren auszuschalten und zwischen den Völkern rein wirtschaftliche und friedliche Beziehungen anzuknüpfen.

Die «Woche» nimmt zur Kenntnis, dass die Genossenschaftsbewegung darauf ausgeht, die organisierte Produktion und die Warenverteilung sowohl in jedem einzelnen Lande als auch in den verschiedenen Ländern untereinander in Uebereinstimmung zu bringen und so den Weg für die nationale und internationale Organisation des Wirtschaftslebens frei zu machen und dass daher die allgemeine Verwirklichung der Genossenschaftsidee einen ausgeglichenen Organismus der Weltwirtschaft schaffen würde, der den Weltfrieden zu stützen vermöchte. Sie fordert deshalb die Genossenschafter auf, ihre Bemühungen, den Fortschritt der Genossenschaftsorganisationen zu beschleunigen, zu verdoppeln, und ersucht die grossen Massen der Erzeuger und der Verbraucher in den Städten und auf dem Lande, in diesem Sinne zu wirken.

Die «Woche» erinnert an die Beschlüsse früherer nationaler sowohl als auch internationaler Kongresse, die darauf hinausgingen, den Genossenschaftsgeist auch in das Wirtschaftsleben hineinzutragen. Sie verurteilt noch einmal alle kriegerischen Massnahmen auf dem Gebiete der internationalen Handelspolitik, sie verwirft alle Arten der Vorzugs- und Schutzzölle sowie auch des Dumping. Sie erinnert an Artikel 23 des Friedensvertrages, nach dem sich die Mitglieder des Völkerbundes verpflichten «die notwendigen Massnahmen zu treffen, um die Verkehrsfreiheit und die Freiheit des Warenverkehrs sowie die gerechte Behandlung des gesamten Wirtschaftslebens aller Mitglieder des Bundes sicherzustellen», und in dem gesagt wird, dass der Völkerbund eine die Welt umspannende Organisation sein muss. Die «Woche» erklärt infolgedessen, dass der Grundsatz der «gerechten Behandlung» auf alle Staaten angewandt werden muss, und verlangt seine Anwendung auf alle wirtschaftlichen Probleme, die Personen sowohl als auch Sachen betreffen und sich auf internationalem Gebiet ergeben.

Jahresabschlüsse von

Verein	Abschluss pro	Mitgliederzahl	Zahl der Läden	Warenumsatz Total	Warenumsatz pro Mitglied	Warenbezug beim V. S. K.	Betriebskosten Total	Betriebskosten in % zum Warenumsatz	Betriebsüberschuss	Verteilung des Betriebsüberschusses: Ausbezahlte Rückvergütung in Fr.	Ausbezahlte Rückvergütung in %	Abschreibungen	Zuweisungen an diverse Reservefonds
Beinwil a. S. .	20. 12. 24	422	2	302,201	716	147,588	?	?	25,143	23,037	10 u. 5	1,000	2,000
Bennwil . . .	31. 12. 24	77	1	36,081	469	20,209	3,541	9,8	2,427	1,654	8	—	695
Curaglia . . .	31. 12. 24	?	2	?	?	75,293	?	?	[1]) 10,623	?	?	?	?
Engi	31. 12. 24	145	2	175,665	?	91,04[1]	18,150	10,3	14,026	11,532	10 u. 5	4,000	2,000
Fahrwangen . .	30. 6. 24	65	1	41,000	631	39,724	?	?	1,724	1,324	6	?	400
Grafstal-Lindau	31. 12. 24	180	2	179,690	998	115,444	16,472	9,2	11,719	7,439	6 u. 3	1,802	2,400
Klingnau . . .	11. 10. 24	145	1	84,905	586	68,523	8,229	9,7	5,291	4,783	8	190	200
Krattigen . . .	30. 9. 24	123	1	126,593	1,029	81,436	11,439	9,0	7,512	5,483	6 u. 4	?	?
Landquart . .	30. 6. 24	633	5	455,060	719	253,722	49,669	10,9	20,485	15,500	5	739	4,800
Laupersdorf . .	6. 12. 24	135	1	104,095	771	62,402	?	?	8,655	6,033	9 u. 7	—	2,000
Lenzburg, Bäckereigen.	31. 12. 24	[2]) 8	—	265,285	—	230,735	27,031	10,2	5,334	—	—	—	4,000
Möhlin	31. 12. 24	300	2	211,582	705	153,631	22,116	10,5	9,112	8,555	6	5,499	2,070
Mürren . . .	30. 9. 24	63	1	64,252	1,020	37,310	5,950	9,3	4,667	2,584	6 u. 2	—	1,800
Niedererlinsbach	31. 12. 24	361	3	237,775	659	90,730	30,447	12,8	11,376	11,250	7	—	—
Niederurnen . .	31. 8. 24	262	2	357,236	1,363	110,146	31,629	8,9	32,903	29,792	10 u. 5	1,574	1,037
Oberegg . . .	3. 1. 25	111	1	46,400	418	28,527	4,227	9,1	4,369	2,465	8 u. 6	—	800
Oberkempten .	31. 12. 24	115	1	125,496	1,091	42,042	?	?	15,160	10,074	10 u. 5	800	2,300
Oensingen . .	31. 10. 24	340	2	210,080	618	134,190	18,199	8,7	17,111	15,773	9 u. 5	—	1,238
Reinach (Aarg.)	30. 11. 24	310	1	166,141	536	94,491	23,627	14,2	8,612	7,900	7 u. 5	500	—
Rottenschwil . .	30. 11. 24	32	1	27,228	851	19,910	2,573	9,4	888	738	5	50	150
Safenwil . . .	30. 11. 24	366	2	337,018	921	223,773	19,339	5,7	25,262	19,889	8½	—	5,052
St. Niklaus . .	30. 6. 24	?	1	36,000	?	28,421	10,711	29,7	—	—	—	—	—
Sedrun	11. 1. 25	?	2	107,614	?	58,123	6,592	6,1	5,964	?	?	?	?
Siebnen . . .	6. 9. 24	218	1	179,240	822	69,430	10,065	5,6	18,614	11,612	10	—	4,800
Toffen	8. 10. 24	63	1	31,741	504	14,768	4,499	14,2	1,505	1,116	5	132	389
Turbach . . .	6. 1. 25	49	1	89,353	1,824	39,398	8,059	9,0	794	158	2	350	636
Uettligen . . .	30. 9. 24	180	1	94,370	524	64,787	8,761	10,8	9,887	6,120	8	899	2,500
Uster	31. 12. 24	763	6	830,914	1,089	522,057	104,122	12,5	43,700	43,592	6½	9,870	—
Visp	30. 6. 24	49	1	80,000	1,633	49,768	9,171	11,5	1,860	1,866	5 u. 4	—	—
Wenslingen . .	31. 10. 24	103	1	77,096	749	51,231	4,648	6,0	12,731	5,586	10	—	3,500

[1]) Mit Einschluss des Sparrabattes. [2]) Kollektivmitglieder.

Da anderseits die Wirtschaftspolitik der Genossenschaftsbewegung nicht schutzzöllnerisch sein kann — die Schutzzollpolitik ist individualistisch, engherzig und rückschrittlich —, so fordert die «Woche», dass alle Massnahmen getroffen werden, um den Warenverkehr durch die Gewährung internationaler Kredite sicherzustellen.

Zu diesem Zweck wiederholt die «Woche» den Wunsch, der Wirtschafts- und Finanzausschuss des Völkerbundes möchte sobald wie möglich ein internationales statistisches Amt einrichten, das die Aufgabe hat, alle wertvollen Informationen über die Produktion, über die Warenbeschaffung und die in den verschiedenen Ländern bestehenden Bedürfnisse zu sammeln. Sie fordert, dass diese Zahlen von Zeit zu Zeit veröffentlicht und durch Angaben über die Fluktuation des zur Verfügung stehenden Kapitals ergänzt werden.

Die «Woche» weist auf die Gefahren wirtschaftlicher Verträge mit dem Grundsatz der gegenseitigen Meistbegünstigung hin. Solche Gefahren würden bei allgemeinen wirtschaftlichen Verträgen vermieden werden. Nur ein System allgemeiner wirtschaftlicher Verträge würde die Möglichkeit geben, gleichzeitig die Interessen aller Länder zu berücksichtigen und bei der Lösung der Probleme die Wahrung der gemeinsamen Interessen, besonders in bezug auf die Rohstoffe, auf die Arbeit im Ausland und auf die Kreditgewährung sowie bei der Frage der Absatzgebiete gestatten. Zur Verwirklichung einer solchen Politik fordert die «Woche», dass gleichzeitig mit den Bemühungen der Genossenschaftsbewegung alle nationalen und internationalen Kräfte auf dem Gebiete der Warenerzeugung und des Warenaustausches im nicht genossenschaftlichen Wirtschaftsleben mobil gemacht und alle Massnahmen getroffen werden, um die Wahrung der allgemeinen Interessen durch die Errichtung einer kollektiven Aufsicht sicherzustellen.

Die «Woche» begrüsst die Gründung des Wirtschaftsrates und erblickt in ihm den ersten Ansatz zu einem methodischen Ausbau der wirtschaftlichen Kräfte Frankreichs. Sie ersucht den Wirtschaftsrat, sich sobald wie möglich mit der Frage eines Bankkreditsystems zu befassen und das Problem zu untersuchen, wie die Ersparnisse zu einem solchen Zweck verwertet werden können. Ferner fordert sie den Wirtschaftsrat auf, nicht nur innerhalb Frankreichs die einzelnen Wirtschaftsmärkte miteinander in Einklang zu bringen, sondern auch eine Zusammenarbeit der wirtschaftlichen Kräfte der verschiedenen Länder untereinander anzustreben. Sie empfiehlt, im Rahmen der unumgänglich notwendigen internationalen Zusammenarbeit nationale Wirtschaftsräte in den verschiedenen Ländern einzusetzen und mit Hilfe der mächtigen organisierten Wirtschaftskräfte der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels, des Kreditwesens, der Arbeit und der Warenvermittlung einen internationalen Wirtschaftsrat einzusetzen, dessen Organisation die Aufgabe des Generalsekretariats des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamts sein würde.

Verbandsvereinen.

Kasse	Bank-guthaben	Waren-vorräte	Debitoren	Wert-schriften	Liegen-schaften	Mobilien Maschinen u. ä.	Waren- und Bank-schulden	Spar- und Depositen-gelder	Obli-gationen	Anteil-scheine	Hypo-theken	Reserve-fonds	Verein
1,152	4,205	52,933	2,494	13,500	28,000	1	11,271	—	1,200	4,934	—	80,243	Beinwil a. S.
2,698	—	9,811	2,222	400	—	201	6,935	—	—	—	—	6,664	Bennwil
5,618	18,673	19,725	4,554	69,070	—	1	2,643	97,645	—	3,570	—	9,242	Curaglia
1,232	48,051	23,527	23,534	12,100	38,000	1,500	500	103,700	—	—	20,000	9,697	Engi
514	—	15,120	48	200	—	3,095	15,800	—	—	453	—	400	Fahrwangen
1,405	28,598	29.452	—	1,800	53,217	1,500	1,936	36,878	—	4,500	40,000	24,192	Grafstal-Lindau
1,121	—	33,385	2,205	2,300	—	900	11,700	—	—	5,346	—	14,024	Klingnau
1,721	3,377	37,032	1,172	400	—	2,046	—	35,541	—	—	—	1,626	Krattigen
4,064	64,392	45,850	12,907	49,600	—	1	9,789	71,930	19,250	14,822	—	37,585	Landquart
3,666	22,411	24,325	710	1.620	10,000	1	836	29,774	—	—	12,000	12,668	Laupersdorf
449	9,593	12,700	—	11,200	1	1	—	14,964	3,500	16,000	—	8,000	Lenzburg, Bäckereigen.
2,226	4,888	43,955	4,227	7,400	49,800	1	357	42,307	—	1,365	35,500	28,855	Möhlin
—	1,672	9,839	25	240	—	1,500	—	—	1,000	3,150	—	6,200	Mürren
217	112	100,426	1,852	2,850	24,500	1	15,228	59,028	—	—	24,500	19,826	Niedererlinsbach
8,646	49,513	59,693	6,701	7,695	49,355	2,149	—	75,061	—	24,827	35,000	15,558	Niederurnen
369	7,925	7,922	2,047	600	16,100	1	—	1,213	4,300	1,890	11,300	9,505	Oberegg
4,925	6,007	25,294	2,288	600	—	10	—	—	—	—	—	24,975	Oberkempten
4,209	20,586	56,690	1,356	2,500	43,338	2	—	45,875	4,300	—	24,000	38,632	Oensingen
1,381	—	73,896	5,758	2,600	83,175	2,268	24,660	37,082	13,750	6,741	64,050	17,167	Reinach (Aarg.)
457	—	13,786	4,192	200	—	150	14,265	—	3,300	—	—	397	Rottenschwil
3,977	39,306	31,000	3,798	13,400	46,500	1	—	32,644	—	6,407	30,287	45,153	Safenwil
699	—	18,704	38,338	120	—	6,600	92,234	—	—	1,140	—	—	St. Niklaus
805	3,036	28,315	35,248	1,400	—	1	—	55,310	—	2,030	—	5,500	Sedrun
181	39,312	28,500	14,875	19,800	11,000	1	—	—	—	52,350	10,428	35,490	Siebnen
1,594	—	14,262	922	120	55,700	700	20,520	1,111	—	2,350	38,200	1,077	Toffen
963	11,725	18,995	7,298	400	36,100	2,350	1,700	31,193	27,420	980	10,604	3,171	Turbach
344	25,142	16,855	—	1,800	—	1	—	—	8,650	4,911	—	20,500	Uettligen
4,477	—	249,021	1,434	9,050	319,500	29,100	73,580	155,392	104,400	38,215	175,000	8,000	Uster
485	—	38,571	9,204	400	—	1	15,668	—	—	18,925	—	11,272	Visp
2,385	12,628	5,542	1,624	400	—	1	—	—	—	—	—	13,054	Wenslingen

Herr César Chabrun (Deputierter) und Herr Gaston Lévy (Direktor der Bank französischer Genossenschaften) referierten über «Die Organisation der Volksfinanzen» und brachten zwei gutformulierte Anträge ein, in denen sie die Gründung eines nationalen Kreditinstituts für die Zusammenfassung der Ersparnisse zum Zwecke der Durchführung von Arbeiten von allgemeinem Interesse empfahlen. Sie bemerkten, dass diese Einrichtung eines Tages eine internationale Organisation werden und die steigenden Bedürfnisse der Genossenschaftsbewegung befriedigen müsste.

Es ist keine Uebertreibung, wenn man sagt, dass die hier aufgezählten Fragen alle fesselten, die sich an den Veranstaltungen der «Genossenschaftlich-Parlamentarischen Woche» beteiligten.

Es muss noch auf die Delegierten hingewiesen werden, die den Veranstaltungen der «Woche» beiwohnten. Vom Völkerbund waren die Herren Pierre Denys und Marcel Hoden entsandt. Die Herren Edgar Milhaud, Mario Rogues und Dr. Fauquet vertraten das Internationale Arbeitsamt. Herr H. J. May war im Auftrag des Internationalen Genossenschaftsbundes erschienen, während Viktor Serwy den Veranstaltungen als Vertreter des belgischen Genossenschaftsverbandes beiwohnte.

Bevor wir aus dieser Veranstaltung wertvolle Schlüsse ziehen, müssen wir hinzufügen, dass die Regierung sowohl in der Eröffnungssitzung als auch bei dem Bankett, an dem 200 Parlamentsmitglieder teilnahmen, durch den Arbeitsminister Justin Godart vertreten war, der bei diesen Gelegenheiten versicherte, dass sich die Regierung für die Verwirklichung der von der «Woche» gefassten Beschlüsse einsetzen würde.

Wir haben also jetzt aus den Veranstaltungen der «Woche» unsere Schlüsse zu ziehen. Das Wertvolle müssen wir in der Tat erblicken, dass zum ersten Mal genossenschaftliche Probleme, ganz einerlei, welcher Art sie waren, gemeinsam, zwar nicht, ohne dass Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten wären, aber doch in dem aufrichtigen Wunsche behandelt wurden, der besonderen Arbeit jeder Form der Genossenschaftsbewegung gerecht zu werden und ihr die Wucht zu geben, die ihr bisher, eben weil es an Einigkeit fehlte, abging. So bedeutet die «Genossenschaftlich-Parlamentarische Woche» eine wertvolle Lehre.

Wir können aus dieser Versammlung von Parlamentariern und von Genossenschaftern den Schluss ziehen, dass trotz allem die wirtschaftliche Macht der Genossenschaftsbewegung wächst, und dass sie nach und nach auch bei denjenigen Interesse erregt, deren Aufgabe es ist, die Probleme im Parlament durchzuberaten. Das ist nach unserer Meinung ausserordentlich wichtig.

Ausserdem gab ein Vertreter des Auslandes dem Wunsche Ausdruck, alle Länder möchten eine solche «Woche» veranstalten. Das würde sicher einen neuen Abschnitt erfolgreicher Arbeit innerhalb der Genossenschaftsbewegungen einleiten, und es ist zu hoffen, dass diesem Wunsche entsprochen wird. Inzwischen gedenken die französischen Genossenschafter, ans Werk zu gehen, um die Wünsche, denen sie

in ihren Resolutionen Ausdruck verliehen haben, zu verwirklichen. Sie beabsichtigen, eine ähnliche Veranstaltung im nächsten Jahre zu organisieren in der Hoffnung, dass auch sie das Einvernehmen und die Zusammenarbeit fördern wird.

Für die Neutralität der Konsumvereine.

Von kommunistischen Mitgliedern ist im Konsumverein Stockholm die Motion gestellt worden, einen Ausschuss zu ernennen zur Prüfung der Frage der Bildung eines besonderen Fonds für Unterstützungen durch Barauszahlungen oder Darleihen an Mitglieder, welche in Arbeitskonflikten stehen. Die Motionäre begründen ihr Ansuchen damit, dass die einzelne Familie unter dem Druck der wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegen ihren Willen oft gezwungen werde, Kredit beim Privathändler zu suchen, da ihr die geforderte Barzahlung beim Konsumverein infolge des Lohnausfalles nicht möglich sei. Je länger aber Arbeitskonflikte andauern, desto schwieriger sei es für die Betroffenen, zum Konsumverein zurückzukehren. Die schwedische Arbeiterschaft wurde im März von einer zweiwöchigen Arbeitsaussperrung betroffen, die nicht weniger als 130,000 Arbeiter umfasste.

In seinem Bericht zuhanden der Mitgliederversammlungen schlug die Leitung des Konsumvereins unter ausführlicher Begründung die Ablehnung dieser Motion vor. Da diese Begründung in vortrefflicher Weise die grundsätzliche Stellung der Konsumvereine wiedergibt, so sei ihr folgendes entnommen:

«Wie die Motionäre richtig hervorheben, ist die Konsumgenossenschaftsbewegung von grösster Bedeutung für die Stärkung der Hauswirtschaft jedes Einzelnen und dadurch auch für die Wirtschaft des gesamten Landes. Nach der Auffassung eines jeden Genossenschafters ist es auch von grösstem Lebensinteresse, dass der wirtschaftliche Einfluss der Bewegung so rasch wie möglich gesteigert werde. Aber dies kann ausschliesslich dadurch geschehen, dass die genossenschaftlichen Unternehmen ihre Einnahmen dazu verwenden, eine rationelle Organisation der Verteilung und der Herstellung der Waren für den Haushaltsbedarf aufzubauen. Die Unternehmen sind zu diesem Zwecke geschaffen und eingerichtet worden, und alles was sie unternehmen, hat diesem Zwecke zu dienen. Ueberall und zu jeder Zeit hat es sich gezeigt, dass die genossenschaftlichen Unternehmungen an Stärke gewinnen, wenn sie sich streng auf ihre besonderen Aufgaben konzentrieren.

Die Folgen der Annahme der Motion wäre aber, dass der Konsumverein eine Art Seitenorganisation der gewerkschaftlichen Bewegung in Stockholm würde und deren Streitigkeiten in weitem Umfange finanzieren müsste. Dies müsste schon deshalb als ungerecht erscheinen, da lange nicht alle Mitglieder der Konsumgenossenschaft mit bei der Gewerkschaftsbewegung sind oder sein können, während ein grosser Teil der Gewerkschaftsmitglieder nicht kaufende Mitglieder des Konsumvereins sind, da sie keinen eigenen Haushalt haben. Da aber die gesamten Einnahmen des Vereins durch dessen kaufende Mitglieder aufgebracht werden, so müsste auf der einen Seite eine grosse Anzahl von Personen, welche nichts mit dem gewerkschaftlichen Kampfe zu schaffen haben, dazu mithelfen, die Kosten der gewerkschaftlichen Streitigkeiten zu bezahlen, während auf der andern Seite eine grosse Gruppe gewerkschaftlich Organisierter nicht zu den vom Konsumverein aufgebrachten Betrage beitragen würde.

Hinzu kommt, dass die Leitung des Konsumvereins nicht irgend welches Recht oder irgend welche Möglichkeit hat, einen Einfluss auf das freie Beschlussrecht der Organisationen in bezug auf gewerkschaftliche Fragen auszuüben. Nach der Motion wäre es somit möglich, dass die Gewerkschaften selbständig etwas, was von tiefgehenden Folgen für die Konsumvereinskasse wäre, beschliessen könnten, wozu die Konsumenten selbst nichts zu sagen, sondern nur zu bezahlen hätten. Sollte sich der Konsumverein aber darauf einlassen, Unterstützungen bei Arbeitskonflikten auszubezahlen, würde er konsequenterweise fordern müssen, dass er die Möglichkeit haben würde, wie dies bei den Gewerkschaften bereits geschieht, in jedem einzelnen Fall nach sachkundiger Prüfung seine Einwilligung zur Eröffnung des Konfliktes zu geben. Aber hiezu fehlt der Konsumvereinsleitung jede Kompetenz, da sie ernannt worden ist, die wirtschaftliche Tätigkeit des Vereins zu verwalten, und nicht um ein Bestimmungsrecht über Tun und Lassen der Gewerkschaftsbewegung auszuüben.

Dass die Mittel des Konsumvereins auch bei weitem nicht zu solchen Aufgaben genügen würden, mag daraus hervorgehen, dass die im Reichsverbande zusammengeschlossenen Gewerkschaften Schwedens 1919—1923 eine Summe von mehr als 29 Millionen Kronen an Konfliktunterstützungen ausbezahlt haben. Das Eigenkapital aller dem Verbande schwedischer Genossenschaften, Kooperativa Förbundet, angeschlossenen Konsumvereine hat sich während der gleichen Zeit um nicht ganz die Hälfte dieses Betrages vermehrt.

Würde aber der Vorschlag der Motionäre den Beifall der Mitglieder erhalten, so könnten mit gleichem Recht ähnliche Ansuchen von jeder anderen Organisation gestellt werden, welche einen Zuschuss für ihre eigene Tätigkeit nötig hätte. Krankenkassenmitglieder, von Unglücksfällen bei der Arbeit heimgesuchte Mitglieder usw. usw. würden ebenso eine Unterstützung von ihrem Konsumverein verlangen können. Hat das Unternehmen aber einmal angefangen über seinen eigentlichen Rahmen hinauszutreten, so wird es schwer, nein zu sagen. Die Folgen wären, dass der Konsumverein bald infolge ungenügender Mittel in seiner Entwicklung stille stehen würde, ja bald auch nicht mehr die Mittel zu einer solchen Hilfstätigkeit aufbringen könnte.

Da Schweden noch keine geordnete Arbeitslosenversicherung kennt, so ist durch Staat und Gemeinden, sowie durch freiwillige Sammlung eine Unterstützungstätigkeit für die Arbeitslosen ins Leben gerufen worden. Aus rein humanitären Gründen hat auch der Konsumverein in Stockholm einen Beitrag an diese Unterstützungstätigkeit geleistet, doch kann diese freiwillige Gabe zugunsten arbeitsloser Mitglieder nicht mit dem von der Motion Angestrebten verglichen werden.

Diejenigen Vorteile, welche ein genossenschaftliches Unternehmen seinen Mitgliedern gewährt, müssen, mit Ausnahme von kleineren Beträgen für wohltätige Zwecke, stets in dem Masse verteilt werden, als jedes einzelne Mitglied durch Kauf bei seiner Genossenschaft zur Entstehung des Ueberschusses beigetragen hat. Dies ist der in der ganzen Welt anerkannte, einzig haltbare genossenschaftliche Grundsatz. Durch ein strenges Festhalten am Barzahlungsprinzip hilft der Konsumverein seinen Mitgliedern zu geordneten Verhältnissen und verschafft

ihnen durch die Rückvergütung die Möglichkeit, einen Sparpfennig zurückzulegen, der für jeden einzelnen eine persönliche Reserve bedeutet. Daneben wirkt er aber auch verbilligend auf das Preisniveau, wodurch dem schwedischen Volke jährlich mehr als 10 Millionen Kronen an Ausgaben erspart werden.

Der Konsumverein Stockholm hat sein Möglichstes getan, um Mitgliedern, die in Schwierigkeiten geraten sind, zu ermöglichen, sich ihrer persönlichen Reserven, welche in den Anteilen liegen, zu bedienen; er hat einen Fonds gebildet für Darleihen (mit den Anteilen als Sicherheit) für solche Mitglieder.

Die Mitglieder-Kreisversammlungen haben ihre Einsicht in die wirkliche Natur einer Konsumgenossenschaft dadurch bewiesen, dass sie den Vorschlag des Vorstandes gutgeheissen und die Motion abgelehnt haben. *Ch.*

Die beiden Genossenschaftsmühlen im Jahre 1924.

Das Jahr 1924 brachte auf dem Weltgetreidemarkt Erscheinungen hervor, die sehr geeignet waren, Erinnerungen an die Zeit des Weltkrieges wachzurufen. Infolge des verhältnismässig geringen Ernteertrages des Sommers und Herbstes 1924 kletterten die Preise an den Warenbörsen derart in die Höhe, dass man glauben konnte, eine neue Zeit unerhörter Preissteigerungen, wie wir sie namentlich gegen Ende des Weltkrieges erlebten, sei im Anbruch. Glücklicherweise sind die Befürchtungen nicht Wahrheit geworden. Vor dem Kriege hätte die Hausse wohl auch nicht dieses Ausmass erreichen und die Oeffentlichkeit nicht dermassen in Aufregung bringen können. Die riesigen Preisverschiebungen der Kriegszeit lassen es dagegen begreiflich erscheinen, dass Börse und Publikum heute bedeutend empfindlicher sind als damals.

In der ersten Hälfte des Jahres tendierten die Weltgetreidepreise eher nach unten. So notierten Manitoba I Cif Rotterdam-Antwerpen am 3. Januar 47.10 Dollar, am 15. April dagegen nur 44.95 Dollar per Tonne oder in Schweizerwährung ausgedrückt am 3. Januar Fr. 27.11 und am 15. April Fr. 25.55 per 100 kg. Im Juli setzte eine erste Haussebewegung ein. Am 28. Juli stand der Preis auf 64.90 Dollar bezw. Fr. 35.37. Der August brachte wiederum eine kleine Baisse. Im September zogen die Preise von neuem an. Am Ende des Monats stand der Preis auf 66.95 Dollar bezw. Fr. 35.08 (inzwischen hatte sich der Frankenkurs bedeutend gebessert). Auf dieser Höhe hielten sich die Preise bis etwa Anfang Dezember. Dann setzte eine neue Hausse ein, die den Preis bis auf 82.50 Dollar per Tonne bezw. Fr. 42.48 per 100 kg am Ende des Jahres brachte.

Nach den bis zur Zeit der Abfassung des Berichtes der M. S. K. über das Jahr 1924 bekannt gewordenen Schätzungen betrug die Weltgetreideernte in Millionen Doppelzentnern:

	1924	1923	Mittel 1903/13
Weizen	753,97	853,65	772,00
Roggen	185,71	228,78	256,60
Gerste	200,76	220,64	238,00
Hafer	491,04	500,97	484,20

Der Ernteertrag war also in allen vier Getreidearten wesentlich kleiner als im Jahre 1923, mit Ausnahme von Hafer auch kleiner als im Durchschnitt der Jahre 1903/13, d. h. der letzten zehn Vorkriegsjahre, Grund genug zu einer Erhöhung der Preise — und auch zu riesigen Börsenmanövern.

Als sozusagen einziger Rest der Kriegswirtschaft ist bis auf den heutigen Tag das Getreidemonopol des Bundes übrig geblieben. Das Müllereigewerbe ist deshalb in seinen Einkäufen nicht frei, sondern an die Preispolitik der Bundesgetreideverwaltung gebunden. Der Bund hält seine Abgabepreise ziemlich stabil, ob zum Vor- oder Nachteil der Mühlen und der Konsumenten im allgemeinen, darüber sind die Ansichten geteilt. Die Abgabepreise des Bundes betrugen — wir führen wiederum nur Manitoba I an — vom 1. Januar bis 14. September Fr. 35.60, vom 14. September bis 28. Oktober Fr. 38.10, vom 28. Oktober bis Ende des Jahres Fr. 41.80. Den Mühlen schrieb der Bund folgende Abgabepreise vor: für die Zeit vom 1. Januar bis 21. September 1924 Weissmehl und Griess Fr. 56.—, Vollmehl Fr. 47.—, für die Zeit vom 21. September bis 28. Oktober Weissmehl und Griess Fr. 59.—, Vollmehl Fr. 50.—, für die Zeit vom 28. Oktober bis zum Ende des Jahres Weissmehl und Griess Fr. 62.—, Vollmehl Fr. 53.—. Die verhältnismässig späte Zufuhr der guten Weizensorten, wie vor allem Manitoba, zwang den Bund, etwas schärfere Mahlvorschriften zu erlassen, als es in den letzten Jahren üblich gewesen war, und die Folge davon war, dass die Qualität des Backmehls merklich nachliess.

Die Mühlen an sich hatten immerhin unter diesen Verhältnissen nicht zu leiden, sodass denn auch der Abschluss der beiden Genossenschaftsmühlen durchaus befriedigend ist. Die M. S. K. erzielte im Jahre 1924 einen Umsatz von Fr. 11,664,908.80, 1 Million 685,751.25 Franken mehr als im Jahre 1923. Die Zunahme ist zum Teil, aber auch nur zum Teil, auf die erhöhten Abgabepreise zurückzuführen. Die Betriebskosten beliefen sich auf Fr. 811,319.32. Sie sind höher als in früheren Jahren, namentlich weil die Mühle heute einen guten Teil der Mehlspedition auf eigene Rechnung besorgt. Bank- und Hypothekenzinsen erforderten Fr. 64,920.28, Anteilscheinzinsen 35,531.05 Franken. Der Reinüberschuss mit Einschluss des Vortrages vom Vorjahre in der Höhe von Fr. 4833.13 beziffert sich auf Fr. 108,377.62. Davon werden Fr. 100,000.— dem Amortisationsfonds zugewiesen, Fr. 8377.62 auf neue Rechnung vorgetragen. Die Warenvorräte stehen mit Fr. 736,084.08 zu Buch. Der Bilanzwert der Mühlenanlage beziffert sich auf Fr. 2,180,000.—. Die Mitglieder sind an der Genossenschaft mit insgesamt Fr. 715,000.— Anteilscheinen beteiligt. Der Reservefonds beträgt Fr. 170,000.—, der Dispositionsfonds Fr. 20,000.—, der Amortisationsfonds Fr. 970,000.—. Die Mitgliederzahl belief sich am Ende des Jahres auf 200.

Die Genossenschaftsmühle am Genfersee ist bedeutend kleiner als ihre ältere Schwestergenossenschaft am Zürchersee, entwickelt sich aber nichtsdestoweniger in ihrem kleineren Rahmen, seitdem sie die Anfangsschwierigkeiten überwunden hat, vorzüglich. Ihre Mitgliederzahl beläuft sich auf 25, das von den Mitgliedern gezeichnete Anteilscheinkapital auf Fr. 115,000.—. Der Umsatz erreichte im Jahre 1924 3,964,794 kg bezw. Fr. 1,623,227.80 oder 515,022 kg bezw. Fr. 184,574.25 mehr als im Vorjahre. Der Mühlenbetrieb erbrachte einen Rohüberschuss von Fr. 185,133.80, das um die Mühle liegende Rebland einen solchen von Fr. 4.65. Die eigentlichen Betriebskosten belaufen sich auf Fr. 90,659.11, die Zinsen der Fremdkapitalien auf Fr. 8164.40, die Zin-

sen der Anteilscheine auf Fr. 5,712.50. Der Camionnagedienst erforderte eine Auslage von Fr. 32,259.25. Somit ergibt sich mit Einschluss des Saldovortrages von 1923 in der Höhe von Fr. 145.76 ein Reinüberschuss von Fr. 48,578.95. Dieser dient zu folgenden Verwendungen: Fr. 32,500.— Abschreibung auf den Autos, Fr. 6000.— auf den Liegenschaften, Fr. 10,000 Zuweisung an den Reservefonds und Fr. 78.95 Vortrag auf neue Rechnung. Die Liegenschaften stehen mit Fr. 100,000.—, die Warenvorräte mit 28,180.10 Franken zu Buch. Der Reservefonds beziffert sich auf Fr. 20,000.—.

In den beiden Genossenschaftsmühlen hat sich der Zweckgenossenschaftsgedanke, der zum erten Male in der M. S. K. seine Verwirklichung fand, als fruchtbringend erwiesen. Er entspricht der föderalistischen Einstellung des Schweizers. Es ist deshalb angezeigt, ihn überall dort anzuwenden, wo besondere Zwecke — daher der Name Zweckgenossenschaft — erfüllt werden sollen.

Die Siedelungsgenossenschaft Freidorf im Jahre 1924.

Mit dem Jahre 1924 erhielt der Baugedanke, der der Siedelungsgenossenschaft Freidorf zugrunde liegt, durch die Vollendung und den Bezug des Genossenschaftshauses seine Krönung. In das zweite Vierteljahr des Jahres 1919 fällt die Gründung, in das zweite Vierteljahr des Jahres 1924 der endgültige Abschluss des äusseren Gefüges. Es hat also ziemlich genau fünf Jahre gedauert, bis das Freidorf in seiner äusseren Gestalt so dastand, wie es sich seine Schöpfer bei der Gründung vorgestellt hatten.

Die lange Herauszögerung der Fertigstellung des Genossenschaftshauses hat den einen Vorteil gehabt, dass die Baukosten reichlich kleiner waren, als sie es gewesen wären, wenn das Genossenschaftshaus schon gleichzeitig mit den Wohnhäusern erstellt worden wäre. Damit wurde es auch möglich, den ursprünglich vorgesehenen grossen Bau auszuführen und das als Sparmassnahme zwischenhinein aufgetauchte Projekt des beträchtlich kleineren Gebäudes aufzugeben. Das Genossenschaftshaus in seiner heutigen Gestalt ist nun eine Zusammenfassung aller Gemeinschaftsanstalten der Genossenschaft. Es misst 70 zu 14,5 m und ist zweigeschossig. Der Keller enthält ausser Waschküche, Glättezimmer und verschiedenen Lagerräumen eine Kegelbahn. Das Erdgeschoss birgt in seinem mittleren Teil den Konsumladen mit Bureau und Magazin, im Westflügel die Wirtschaft mit Nebenraum und Küche, im Ostflügel die Schule mit zwei Schulzimmern und Lehrerzimmer. Die Mitte des ersten Stockes nimmt ein grosser, etwa 500 Personen fassender Versammlungssaal ein. An dessen Ostseite schliessen sich ein Sitzungszimmer, ein Bibliotheksraum und ein kleinerer Versammlungssaal an, an seine Westseite die zwei Lehrsäle des Genossenschaftlichen Seminars. Der ausgebaute Dachstock enthält einen grossen Turnsaal, die Wohnung des Wirtes und eine Anzahl von Gastzimmern und Baderäume. Das Ganze krönt ein Dachreiter mit einem auf die Töne c", es", f", g", a", c"' abgestimmten Glockenspiel. Die Einweihung des Genossenschaftshauses erfolgte anlässlich der Delegiertenversammlung des V. S. K. in Basel am 1. Juni unter Teilnahme einer grossen Zahl von Delegierten aus allen Teilen der Schweiz.

Der Betrieb des Genossenschaftshauses ist in der Weise geordnet, dass die Räume des ersten Stockes vom V. S. K. für Versammlungen, Sitzungen, Kurse etc. gegen eine angemessene Leistung an die Betriebskosten überlassen sind. Nebenbei können sie für die genossenschaftlichen, geselligen und belehrenden Bedürfnisse der Freidorfbewohner benützt werden. Der Wirtschaftsbetrieb wird von einem Wirte geführt, dem die Hälfte des Ueberschusses zufällt, während die andere Hälfte der Stiftung zur Förderung von Siedelungsgenossenschaften zufliesst.

Die Mitgliederzahl des Freidorfs ging im Laufe des Jahres um 1 zurück. Drei freiwilligen Austritten und einem Austritt wegen Todesfall (Prof. Dr. J. Fr. Schär) stehen drei Eintritte gegenüber. Demgegenüber erhöhte sich die Zahl der Einwohner von 610 auf 625, und zwar zum Teil durch Geburtenüberschuss, zum Teil durch Wanderungsbewegung. Geburten fanden 10, Todesfälle zwei statt.

Das innere Leben der Genossenschaft ist sehr vielgestaltig. Es in allen seinen Einzelheiten zu schildern, würde einerseits zu weit führen, anderseits grösstenteils eine Wiederholung von schon früher Gesagtem bedeuten. Wir müssen uns deshalb auf die Erwähnung einiger weniger Tatsachen beschränken. Was die Beziehungen der Siedler untereinander anbetrifft, so darf mit Befriedigung festgestellt werden, dass sie im allgemeinen sehr gut sind.

In den beiden Wochen vom 21. Juli bis 2. August fand im neuen Genossenschaftshaus der erste vom V. S. K. veranstaltete genossenschaftliche Ferienkurs statt. Er hat für das Freidorf nicht nur insofern Interesse, als er in das Leben des Freidorfs eine gewisse besondere Note brachte, sondern auch dadurch, dass er, insbesondere für die Unterhaltung der Gäste, vielfach Kräfte des Freidorfs in Anspruch nahm.

Die Bibliothek des Freidorfs umfasste am Schluss des Jahres 978 Bände. Ausgegeben wurden im Laufe des Jahres insgesamt 680 Bände. Die Freidorfschule zählte im Schuljahr 1924/25 80 Schüler, 43 in der Ober- und 37 in der Unterstufe. Mit der Uebernahme der neuen Schulräumlichkeiten im Genossenschaftshaus, die in Verbindung mit einer kleinen Feier am 22. April erfolgte, trat zur Entlastung des bisher die ganze Aufgabe allein bewältigenden Lehrers eine Lehrerin, Fräulein Eva Tschopp, ein.

Die Spar- und Hilfskasse erzeigte am Anfang des Jahres einen Bestand von 288 Büchlein und Franken 29,477.90 Guthaben, am Ende des Jahres einen Bestand von 292 Büchlein und Fr. 37,907.25 Guthaben. Die Zunahme beziffert sich somit auf 4 Büchlein und Fr. 8429.35 Guthaben. Der Hilfsfonds der Spar- und Hilfskasse stieg von Fr. 3247.20 auf Fr. 4083.70. Zu Erziehungs- und Bildungszwecken wurden ihm Fr. 111.— entnommen.

Die Kollektivversicherung bei der Schweiz. Volksfürsorge umfasste Ende des Jahres 141 Mitglieder mit Fr. 70,500.— Versicherungssumme. Durch die Agentur Freidorf waren bei der Schweiz. Mobiliarversicherungsgesellschaft Werte in der Höhe von Fr. 1,881,635.— gegen Feuer und Werte in der Höhe von Fr. 298,600.— gegen Einbruchdiebstahl versichert.

An Festlichkeiten sind zu verzeichnen die Einweihung des Genossenschaftshauses am 1. Juni, der Internationale Genossenschaftstag am 5. Juli, die Jahresfeier am 24. August, das Kinderfest am 31. August und die Weihnachtsfeier am 28. Dezember. Sämtliche Veranstaltungen verliefen in schönster Harmonie.

Die Liegenschaftsrechnung erzeigt an Mietzinseinnahmen Fr. 149,742.30, an Bankzinsen-Einnahmen Fr. 2393.97, an Einnahmen für Arbeiten der Bauverwaltung Fr. 3153.80 und an Vergütungen für die Benützung des Genossenschaftshauses 18,684.05. Vom Vortrag des letzten Jahres in der Höhe von Fr. 56,804.30 wurden Fr. 50,000.— der Stiftung für Siedelungsgenossenschaften überwiesen. Nach Abzug sämtlicher Betriebskosten, wovon die öffentlichen Abgaben im Betrage von Fr. 47,641.10 besonders hervorzuheben sind, verbleibt ein Reinüberschuss von Fr. 75,362.70. Die Liegenschaften 84,915 m² Grund und Boden, 150 Wohnhäuser, Genossenschaftsgebäude, Kantinengebäude, Baubureau und öffentliche Anlagen — stehen mit Fr. 7,515,140.87, dem Betrag der Stiftung des V. S. K., zu Buch.

Die Warenvermittlung Freidorf verzeichnet bei einem Umsatz von Fr. 583,979.96 — davon Wirtschaft Fr. 41,842.03 — und Fr. 30,529.17 Betriebskosten einen Reinüberschuss von Fr. 36,725.34. Der Reinüberschuss ist aus verschiedenen Gründen, namentlich einer bedeutenden Erhöhung der Steuern und der Auslagen für den Laden etwas kleiner als im Vorjahre, und es ist denn auch nicht möglich, die beinahe schon zur Gewohnheit gewordene Rückvergütung von 7% auszubezahlen. Sie muss deshalb auf 6% bemessen werden. Fr. 398.40 werden auf den Mobilien abgeschrieben, Fr. 7250.— dem Genossenschaftsvermögen zugewiesen, Fr. 28,856.46 den Mitgliedern rückerstattet und Fr. 220.48 auf neue Rechnung vorgetragen. Das unteilbare Genossenschaftsvermögen steigt damit auf Fr. 34,750.— an. Daneben stehen der Genossenschaft für besondere Zwecke zur Verfügung ausser dem schon erwähnten Hilfsfonds der Spar- und Hilfskasse ein Weihnachtsfeierfonds mit Fr. 4226.27 und ein Jahresfeierfonds mit Fr. 694.55. Die Anteilscheine belaufen sich auf Fr. 19,300.—. Die Warenvorräte stehen mit 22,809.55 Franken zu Buch. An Bankguthaben besitzt die Genossenschaft Fr. 74,910.85.

Die Siedelungsgenossenschaft Freidorf ist ein genossenschaftlicher Versuch, dem viel Beachtung zuteil wird. In einer Beziehung vor allem darf das Freidorf schon heute unbedingt als Beispiel dienen: in bezug auf die Bedarfsdeckung. Der durchschnittliche Bezug eines Freidorfsiedlers bei seiner Konsumgenossenschaft beträgt über Fr. 3000.— Fände das Beispiel des Freidorfs in der übrigen Schweiz auch nur annähernd Nachahmung, so würde sich der Umsatz der schweizerischen Konsumgenossenschaften auf Grund ihres heutigen Mitgliederbestandes nicht nur auf etwas über eine Viertelmilliarde, sondern auf fast eine Milliarde Franken belaufen. *H.*

Volkswirtschaft

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Aus allen Nachbarländern der Schweiz kommen zurzeit schlechte Nachrichten. Frankreich und Italien leiden an der Währungskrise. In Deutschland geht die Industrie so schlecht, dass von allen Seiten Betriebseinstellungen und Einschränkungen der Produktion gemeldet werden. Oesterreich zählt mitten im arbeitsreichen Sommer über 150,000 Arbeitslose. Diese Tatsachen sind ein Beweis dafür, dass niedrige Löhne nicht immer imstande sind, dem Arbeiter Beschäftigung zu sichern. In Oesterreich bezog 1924 der gelernte Metallarbeiter im Durchschnitt einen Stundenlohn von 55 Rappen gegen 147 Rappen in der Lokomotiv- und Maschinenfabrik in Winterthur, und der ungelernte Hilfsarbeiter und Handlanger erhielt in Oesterreich gar nur 40 Rappen pro Stunde gegen 123 Rappen in der genannten schweizerischen Firma. In Deutschland, Frankreich, Italien und Belgien beziehen die ungelernten Arbeiter wenig mehr als die Hälfte, die gelernten Arbeiter von der Hälfte bis zu zwei Dritteln der schweizerischen Löhne. Der deutsche Gewerkschaftsbund hat daher wohl recht gehabt, wenn er vor einiger Zeit konstatierte, dass die Kaufkraft der heutigen deutschen Löhne um 30 bis 40 Prozent unter den Löhnen der Vorkriegszeit steht. Fragt man, wie solch ein Rückschritt möglich geworden ist, so muss die Antwort heissen: Durch das Papiergeld. Die Inflation war der schlimme unsichtbare Feind des Arbeiters, die ihm den Brotkorb täglich höher hängte, während sie ihm eine riesige Steigerung seines Verdienstes vorspiegelte. Der deutsche Arbeiter glaubte reich zu werden, als man ihm Löhne von hunderten und tausenden von Mark auszahlte und merkte es lange nicht, dass die schwindelhaften Papiersummen eine geringere Kaufkraft hatten als die bescheidenen Gold- und Silberstücke der Vorkriegszeit. Niemand warnte ihn, niemand klärte ihn darüber auf, dass es sich bei dem wertunbeständigen Papiergeld um einen ungeheuren Betrug handelte. Als schliesslich die Not dazu zwang, die Währung wieder auf festen Boden zu stellen, waren die Reallöhne schon zu tief hinabgeglitten und gleichzeitig stellte sich die Stabilisierungskrise ein, welche die Löhne auf dem tieferen Niveau festhielt. Heute müssen die deutschen und österreichischen Arbeiter den Rausch der Inflation mit einer jahrelangen Krise, mit Lohndruck und Arbeitsmangel büssen und in Italien und Frankreich wird sich mit dem Aufhören der Inflation die gleiche Not einstellen. Nicht einmal das kommunistische Russland hat seinen Arbeitern diese bittere Lehre zu ersparen vermocht, denn nach allen Nachrichten sind heute in Russland die vor dem Kriege schon so geringen Löhne noch geringer geworden. Nur in den Staaten, welche die Goldwährung beibehalten oder wieder eingeführt haben, in England, Schweden, der Schweiz, haben die Löhne der Arbeiter mit der Teuerung Schritt gehalten.

Die geringe Entlöhnung in den Nachbarländern der Schweiz wäre für die Arbeiter kaum erträglich, wenn nicht die Preise mancher Lebensbedürfnisse dadurch verbilligt würden und wenn vor allem nicht der Mieterschutz die Wohnungsmieten künstlich niedrig hielte. In Oesterreich bezahlt man heute noch nur etwa ein Prozent der Vorkriegsmiete, statt fünfhundert Kronen also nur fünf Kronen. Doch dieser Vorteil für die Arbeiter ist wie der Vorteil des Papiergeldes mehr Schein als Wirklichkeit. Der Mieterschutz drückt auf die Löhne. Die miserablen Löhne in Oesterreich müssten sicherlich erhöht werden, wenn der Arbeiter wieder normale Mieten zahlen müsste. Auch die deutschen und französischen Fabrikanten können infolge der künstlichen Verbilligung der Mieten die Arbeiter mit geringeren Löhnen abspeisen als früher. Schliesslich bezahlt der Arbeiter den Mieterschutz in der Regel auch mit einem zunehmenden Verfall der Wohnung, da die notwendigen Reparaturen und Verbesserungen selten gemacht werden. Die Häuser ergeben natürlich bei den viel zu kleinen Mieten keine Rendite, die Folge davon ist, dass kein Privatkapital zum Bau von Wohnungen erhältlich ist und dass kaum der jährliche Abgang

von Wohnungen ersetzt wird. So seufzen ganze Länder zugleich unter der drückendsten Wohnungsnot und unter einem unüberwindlichen Arbeitsmangel im Baugewerbe. Wo aber das Baugewerbe leidet, da leidet auch die Holzindustrie, die Sägerei und Zimmerei, die Schreinerei, die Möbelfabrikation, die Glaser, die Stein-, Kalk- und Ziegelwerke unter beständigem Arbeitsmangel. So wird es begreiflich, dass Oesterreich mitten im Sommer ein Heer von Arbeitslosen erhalten muss, das dem Staate schweres Geld kostet und zugleich auf die Löhne der Arbeiter drückt.

Dieser ausländische Mieterschutz drückt sogar auf die Lage der schweizerischen Arbeiter, denn er setzt die ausländischen Industrien in Stand, mit ihren künstlich verbilligten Löhnen die normale Löhne zahlende schweizerische Industrie zu unterbieten. So setzt sich der ausgiebige Mieterschutz im Inland und im Ausland in Wohnungsnot, Lohndruck und Arbeitsmangel um und beweist damit wieder einmal, dass man mit gut gemeinten Massregeln häufig das Gegenteil von dem erreicht, was man erreichen wollte.

Bewegung des Auslandes

Schweden.

Eine Ferienwoche für jüngere Angestellte. Der Verband der schwedischen Genossenschaften, Kooperativa-Förbundet, dessen Umsatz sich in den letzten Jahren um beinahe 75 Millionen Kronen vermehrt hat, hat stets auch grosses Gewicht auf die Aufklärungs- und Ausbildungsfrage gelegt. Schon früher sind regelmässig Kurse für Vereinsvorstände angeordnet worden; nun soll auch den jüngeren Elementen namentlich des Ladenpersonals vermehrte Gelegenheit zur genossenschaftlichen Ausbildung gegeben werden.

Der Verband hat nämlich für den Sommer zwei Studienwochen angeordnet und fordert namentlich das jüngere genossenschaftlich interessierte Ladenpersonal dazu auf, seine Kenntnisse zu erweitern. Die Meinung ist, dass die Teilnehmer das Vergnügen mit dem Nützlichen vereinigen können und so ihre Sommerferien in dem am Meere in reizvoller Umgebung liegenden Gute des Verbandes in angenehmer Gesellschaft verbringen können.

Natürlich können in einer einzigen Woche keine vollständigen Kenntnisse der verschiedenen Gebiete vermittelt werden, deshalb soll hier auch in erster Linie Anleitung zu späterem Selbststudium geboten werden. Dank der nunmehr ganz reichhaltigen vom Verbande herausgegebenen genossenschaftlichen Literatur und der brieflichen Unterweisungsmethode der Studienabteilung bietet ein solches keine Schwierigkeiten mehr in Schweden. Neben Vorträgen über Genossenschaftswesen, Organisation und Statuten der Konsumgenossenschaften, Buchhaltung, Rechnen, Ladeneinrichtungen, praktischen Uebungen der Schaufensterdekoration ist auch der Besuch der Anlagen des Verbandes, sowie der mustergültigen Verkaufsläden des Konsumvereins Stockholm vorgesehen. Die Studienwochen sind namentlich für Ladenangestellte im Alter von 16—21 Jahren geplant.

Die zahlreichen Unterhaltungsmöglichkeiten und die schöne Lage des Gutes, welches der Verband im letzten Herbst für seine Studienabteilung angekauft hat, — es bietet mit seinen schönen Gebäulichkeiten Platz für ca. 40 Schüler —, garantieren, dass die wissensdurstigen jungen Genossenschafter nicht nur lehrreiche, sondern auch angenehme Ferien zu einem äusserst bescheidenen Preise verbringen können. Man kann mit Recht die Hoffnung hegen, dass diese jährlich wiederkehrenden Ferienwochen von grosser Bedeutung für die Arbeit des Personals an der Bewegung sein werden. *Chr.*

Verbandsnachrichten

Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 26. und 30. Juni 1925.

1. Mit grossem Bedauern hat die Verwaltungskommission Kenntnis erhalten vom Hinschiede von Herrn Othmar Valloton, Sekretär der Société coop. de consommation «L'Avenir» Martigny und Revisor des V. S. K. für die Periode 1922/24. Die Verwaltungskommission hat dem Verbandsverein sowie der Witwe des Verstorbenen ihr tiefes Beileid zum Ausdruck gebracht. Die Verdienste des Herrn Valloton um die Genossenschaftsbewegung werden wir stets in ehrendem Andenken behalten.

2. Als Mitglied des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) wird aufgenommen: Konsumverein Oberbuchsiten, gegründet am 15. März 1925, ins Handelsregister eingetragen am 14. Mai 1925, derzeitige Mitgliederzahl 135. Zuteilung zu Kreisverband IV.

---

1. Einer Statutenrevision der K. G. Zofingen wird zugestimmt.

2. Zwecks prompterer Bedienung der Niederlassung Wülflingen haben wir eine zweite Telephonlinie Winterthur-Wülflingen erstellen lassen. Telephonverbindungen mit der Niederlassung Wülflingen sind zu verlangen unter Anruf: Winterthur No. 4062.

3. Vom Bureau des Konsumgenossenschaftlichen Frauenbundes der Schweiz, Zürich, wird Kenntnis gegeben von der neuen Bestellung des Vorstandes. Das Domizil des Bureaus befindet sich nunmehr Walchestrasse 23, Zürich. Präsidentin: Frau L. Hauser-Schindler.

Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt

Nachfrage.

Verwalterstelle. Die Verwalterstelle beim **Allg. Konsumverein Erstfeld und Urner Oberland** ist neu zu besetzen. Bewerber belieben ihre Anmeldungen bis 14. Juli 1925 unter Beilage der Referenzen und Bedingungen an den Präsidenten des A. K. V. Erstfeld und Urner Oberland, Jakob Stöckli in Erstfeld, einzusenden. — Die Genossenschaft hat den Wirkungskreis in Erstfeld und 6 Filialen im südl. Kantonsteil. Umsatz im Jahre 1924 Fr. 1,423,000.—. Betriebe: Lebensmittel, Haushaltungsartikel und Geschirrwaren, Manufaktur- und Schuhwaren, Brennmaterialien, Metzgerei, Bäckerei und Konditorei, Sennerei und Schuhreparaturwerkstätte.

Angebot.

Tüchtiger, solider **Bäcker,** geübt auf Kleinbrot, sucht Jahresstelle als 2. Bäcker in Konsumbäckerei. Gute Zeugnisse zu Diensten. Offerten unter Chiffre B. G. 136 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Junger, verheirateter und militärdienstfreier **Bäcker-Konditor** sucht Jahresstelle in Konsum- oder Genossenschaftsbäckerei. Offerten unter Chiffre R. 876 Ch. an die **Publicitas A.-G., Chur.**

Redaktionsschluss: 2. Juli 1925.

Buchdruckerei des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel.